

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

**Abgeltungssteuer abschaffen - Kapitaleinkünfte und Erwerbseinkünfte  
gleichbehandeln**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Abgeltungssteuer zu unterstützen.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

**Begründung:**

Der Bundesrat berät aktuell eine Initiative des Landes Brandenburg zur Abschaffung der Abgeltungsteuer (BR-Drs. 643/16). Die Bundesratsinitiative verfolgt das Ziel, Kapitaleinkünfte nach erfolgter Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs von Steuerdaten wieder dem persönlichen Einkommensteuersatz zu unterwerfen. Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen einheitlich mit (nur) 25 Prozent besteuert. Der tarifliche Steuersatz für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit liegt hingegen bei 42 bzw. 45 Prozent (sog. Reichensteuer).

Von dieser Privilegierung der Abgeltungsteuer profitieren vor allem Steuerpflichtige mit großem Vermögen und sehr hohen Einkünften. Das ursprüngliche Ziel der Einführung der Abgeltungsteuer, Steuerflucht zu verhindern und Steuerehrlichkeit zu befördern, wurde nicht erreicht.

Die Praxis zeigt, dass im Kampf gegen die Steuerhinterziehung ein hohes Entdeckungsrisiko erfolgsversprechender ist als niedrige Steuersätze. Zudem sind mit der Einführung des internationalen automatischen Informationsaustauschs von Steuerdaten keine Gründe ersichtlich, Kapitaleinkünfte nach dem individuellen Steuersatz zu behandeln. Vor allem aber ist und bleibt es ungerecht, wenn große und größte Vermögen nicht angemessen am Steueraufkommen beteiligt werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Steuerlast der kleineren und mittleren Einkommen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, die Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Abgeltungsteuer zu unterstützen. Kapitaleinkünfte sollten zukünftig steuerlich wie Erwerbseinkünfte behandelt werden. Dies ist auch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.